

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Stadtrates** der Stadt Remagen vom 11.01.2021

Einladung: Schreiben vom 21.12.2020
Tagungsort: Videositzung aus dem Sitzungssaal des Rathauses
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Björn Ingendahl

Beigeordnete/r

Rainer Doemen
Rita Höppner
Volker Thehos

Ratsmitglieder

Michael Berndt
Prof. Dr. Frank Bliss
Axel Blumenstein
Egmond Eich
Bettina Fellmer
Sabine Glaser
Heinz-Peter Hammer
Kenneth Heydecke
Jens Huhn
Stefani Jürries
Karin Keelan
Andreas Köpping
Claus-Peter Krah
Alexander Lembke
Iris Loosen
Antonio Lopez
Norbert Matthias
Hans Metternich
Thomas Nuhn
Rolf Plewa
Beate Reich
Sebastian Schmickler
Fokje Schreurs-Elsinga

Wolfgang Seidler
Harm Sönksen
Christina Steinhausen
Helena Cornelia van Wijk
Jürgen Walbröl
Christine Wießmann
Olaf Wulf
Dr. Peter Wyborny

Verwaltung

Gisbert Bachem
Matthias Geusen
Markus Nossek
Erwin Schipulin
Björn Schröder

zeitweise

Schriftführer/in

Beate Fuchs

Gäste

Herta Elisabeth Lauer
Dieter Spahn

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Wilfried Humpert

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, dass Ergänzungswünsche zur Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats vom 7. Dezember 2020 vorliegen.

Dr. Peter Wyborny bittet zu TOP 8 „Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2021“ nach Absatz 7 um folgende Ergänzung: *Nach den Haushaltsreden fasst Bürgermeister Björn Ingendahl die Anträge zusammen und bringt diese sukzessive zur Abstimmung.*

Andreas Köpping bittet zu TOP 11 „Bebauungsplan 33.09 Kindergarten Am Lohweg“ vor der Beschlussfassung um folgende Ergänzung: *Andreas Köpping weist auf die mögliche Verkehrsproblematik hin (Hol-/Bring-Verkehr, Parkplätze), ebenso darauf, insbesondere wegen der Hanglage, auf eine möglichst umweltverträgliche Außenanlage zu achten. Der Bürgermeister verspricht, dies an den Planer weiterzugeben.*

Der Stadtrat nimmt die Ergänzungen zustimmend zur Kenntnis.

Im Hinblick auf die Tatsache, dass er aufgrund technischer Probleme zu den Tagesordnungspunkten 1 – 7 nicht vollumfänglich an der Sitzung vom 7. Dezember 2020

teilnehmen konnte, erkundigt sich Dr. Peter Wyborny, aus welchen Gründen diese Punkte nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stünden. Die Kommunalaufsicht, bei der er Beschwerde eingereicht habe, habe diese Vorgehensweise angeregt. Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass das erneute Aufrufen der Punkte, verbunden mit einer wiederholten Beschlussfassung nach Auskunft der Kommunalaufsicht gegenüber der Verwaltung nicht erforderlich sei. Zudem seien die Beschlüsse einstimmig bzw. mit großer Mehrheit gefasst worden.

Den Vorsitzenden erreicht die Mitteilung, dass die Übertragung der Sitzung im Foyer der Rheinhalle aus technischen Gründen nicht funktioniert. Da die Öffentlichkeit somit nicht hergestellt ist, unterbricht er die Sitzung für fünf Minuten.

Nach Wiederaufnahme greift Christine Wießmann noch einmal das Thema auf und regt die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Videokonferenz; Aussprache“ für eine der nächsten Sitzungen an. Auf Vorschlag von Thomas Nuhn wird sich der Ältestenrat im Anschluss an diese Sitzung mit dieser Thematik befassen.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen
0309/2021
- 2 Änderung der Hauptsatzung
0272/2020
- 3 Beratung über die Entsperrung der Haushaltsmittel für die wasserwirtschaftliche Maßnahme/Renaturierungsmaßnahme am Unkelbach auf Höhe Am Mühlenweg
0307/2020
- 4 Mitteilungen
- 4.1 60 Plus Bus
- 5 Anfragen
- 5.1 Corona, aktueller Stand

7. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu Punkt 1 – Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen Vorlage: 0309/2021 –

Der Vorsitzende gibt die Beschlüsse aus der vergangenen nichtöffentlichen Sitzung bekannt

Zu Punkt 2 – Änderung der Hauptsatzung Vorlage: 0272/2020 –

Der Vorsitzende erläutert kurz die Notwendigkeit zur Änderung der Hauptsatzung. Er regt an, die einzelnen Änderungsvorschläge in der Reihenfolge der Paragraphen zu besprechen und den jeweiligen Beschluss zu fassen.

§ 1 Abs.4 – Bekanntgabe dringlicher Sitzungen

Christine Wießmann führt aus, dass sich die SPD-Fraktion für die Beibehaltung der bisherigen Fassung ausspricht. Christina Steinhausen bestätigt dies für die Fraktion der FDP. Durch Bekanntgabe in beiden Tageszeitungen könne man bedeutend mehr Bürger erreichen. Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass es sich ausschließlich um die Bekanntmachung dringlicher Sitzungen handelt. Er sei sich bewusst, dass man weder mit einer, noch mit beiden Zeitungen alle Bürger erreichen werde. Zudem sei parallel die Bekanntmachung auf der Homepage der Stadt vorgesehen.

Beschluss:

Dem Änderungsvorschlag wird einstimmig nicht gefolgt. Die bisherige Fassung wird beibehalten.

§ 1 Abs. 5 – Nichteinhaltung der Bekanntmachungsform

Beschluss:

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

§ 5 Abs. 2 – Mitglieder der Ausschüsse

Die Austritte aus der Stadtratsfraktion der CDU verbunden mit den Austritten aus der Partei haben eine Veränderung des Stärkeverhältnisses im Stadtrat Remagen zur Folge. Somit müssen auch die Fachausschüsse neu besetzt werden.

Um das Stärkeverhältnis widerzuspiegeln erachtet die Verwaltung es für notwendig, § 5 Abs. 2 Satz 1 der Hauptsatzung dahingehend zu ändern, als dass die Ausschüsse gemäß Absatz 1 nunmehr aus **13** Mitgliedern bestehen werden. Dies hat eine Fiktivberechnung nach St. Lague-Schepers ergeben. Hierbei ist anstelle der 32 Ratsmitglieder, die der Stadtrat aufweist, fiktiv nur noch von 29 Ratsmitgliedern auszugehen, da neben den beiden Austritten aus der CDU bereits im Januar 2020 Dr. Peter Wyborny aus der Wählergruppe Remagen ausgetreten ist. Ergänzend führt der Vorsitzende aus, dass die neu gegründete Fraktion Klare Kante keine politische Gruppe darstelle, da sie sich nicht mit einem eigenen wählergruppenbezogenen Wahlvorschlag an der Kommunalwahl beteiligt habe. Folglich habe sie auch kein Wahlvorschlagsrecht im Sinne des § 45 Abs. 1, Satz 1 Gemeindeordnung (GemO) im Zusammenhang mit der Neuwahl der Ausschüsse.

Beschluss:

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

§ 7 Abs. 2, Nr. 7 – Übertragung der Aufgaben des Stadtrats auf Ausschüsse; über- und außerplanmäßige Aufwendungen

Der Vorsitzende erläutert, dass die bisherigen Beträge vor vielen Jahren in die Hauptsatzung aufgenommen wurden. Die Erhöhung des Betrages von 12.500 Euro auf 20.000 Euro sei aufgrund der ständig steigenden Preise sinnvoll. Durch die Delegation werde der Stadtrat entlastet. Zudem tage der Haupt- und Finanzausschuss in einer häufigeren Frequenz. Eine zügige Abwicklung von Aufträgen sei somit gewährleistet. Was den vorgenannten Betrag und die übrigen Vorschläge zur Betragsänderung betreffe, so habe man sich an den Hauptsatzungen vergleichbarer Städte orientiert.

Christine Wießmann sieht Beratungsbedarf was den zweiten Halbsatz betrifft. Bürgermeister Björn Ingendahl regt an, dies in Zusammenhang mit den Änderungen zu § 9 zu beraten, da dort die Aufgaben des Bürgermeisters geregelt sind.

Die Fraktion der FBL sowie Heinz-Peter Hammer befürworten die Beibehaltung der bisherigen Beträge. Rolf Plewa weist darauf hin, dass die Vertreter der AfD, Die Linke, Klare Kante sowie Dr. Peter Wyborny nicht in den Fachausschüssen vertreten seien. Eine Erweiterung des Aufgabenbereiches der Ausschüsse bedeute gleichzeitig eine Beschneidung der genannten Ratsmitglieder.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Norbert Matthias unterstützen die Auffassung des Vorsitzenden. Eine Erhöhung des Betrages würde die anschließenden Verfahren vereinfachen.

Christina Steinhausen beantragt, heute keine weiteren Änderungen zu beschließen, da zunächst eine Vorberatung erforderlich sei. Eine abschließende Entscheidung könne der Stadtrat in seiner Sitzung am 25.01.2021 treffen.

Beschluss:

Dem Antrag wird bei 13 Ja- und 19 Neinstimmen nicht entsprochen.

Dem Änderungsvorschlag den Betrag von 12.500 Euro auf 20.000 Euro zu erhöhen wird nicht entsprochen. Der Vorschlag wird bei zehn Ja- und 22 Neinstimmen abgelehnt.

Der Aufnahme des zweiten Halbsatzes wird (nach Beratung zu § 9) einstimmig zugestimmt.

§ 7 Abs. 3 Nr. 2 – Einvernehmen in den Fällen des § 14 Abs. 2 und 36 BauGB

Gisbert Bachem erläutert, dass entsprechende Anträge zügiger bearbeitet werden könnten, wenn das gemeindliche Einvernehmen durch die Verwaltung erteilt werden könnte. Bürgermeister Björn Ingendahl ergänzt, dass die abschließende Entscheidung über Bauanträge im Rahmen der vorgenannten Paragraphen durch die Kreisverwaltung erfolge.

In der anschließenden Diskussion vertreten die Ratsmitglieder unisono die Meinung, die bisherige Fassung beizubehalten.

Beschluss:

Die bisherige Fassung wird beibehalten.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

§ 9 Nr. 2 – Übertragung von Aufgaben des Stadtrats auf den Bürgermeister; Vergabe von Aufträgen

Prof. Dr. Frank Bliss schlägt zunächst vor, den zu ändernden Betrag von 50.000 Euro auf 30.000 Euro zu senken. Da die Mehrheit der Ratsmitglieder jedoch die Meinung vertritt, die in der Hauptsatzung aufgeführten Beträge beizubehalten, zieht er den Antrag zurück.

Beschluss:

Der Änderungsvorschlag wird abgelehnt.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

§ 9 Nr. 3 – Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen

Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass dieser Passus erstmalig in die Hauptsatzung aufgenommen wurde, gleichwohl die Verwaltung seit Jahrzehnten so verfähre.

Beschluss:

Dem Änderungsvorschlag wird zugestimmt.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

§ 9 Nr. 9 – Einvernehmen in den Fällen des § 14 Abs. 2 und 36 BauGB

Aufgrund der Beschlussfassung zu § 7 Abs. 3 Nr. 2 entfällt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Änderungsvorschlag.

§ 9 Nr. 11 – Einlegung von Rechtsbehelfen

Markus Nossek erläutert kurz die Beweggründe. Es sei übliche Praxis die Einleitung zu erstinstanzlichen Gerichtsverfahren dem Bürgermeister zu übertragen. Dies betreffe Verfahren, deren Streitwert den Betrag von 5.000 Euro nicht übersteige. Dies seien üblicherweise Verfahren vor den Amts- und Arbeitsgerichten.

Das Für- und Wider dieser Regelung wird anschließend kontrovers diskutiert. Heinz-Peter Hammer spricht sich für die Aufnahme auf, bittet aber darum, den Stadtrat entsprechend zu informieren. Im Laufe der Diskussion ergeht seitens des Bürgermeisters ein Ordnungsruf an Rolf Plewa. Der Ordnungsruf wird nach Beendigung der Sitzung zurückgenommen, da der Zwischenruf Rolf Plewas auf technische Probleme zurückzuführen ist.

Beschluss:

Dem Änderungsantrag wird entsprochen.

Der Beschluss ergeht bei 25 Ja- und vier Neinstimmen sowie einer Enthaltung.

§ 11 Abs. 3 – Fahrtkosten zu Sitzungen

Der Änderungsvorschlag wird zurückgezogen.

§ 11 Abs. 7 – Auszahlung der Sitzungsgelder

Ohne weiteren Beratungsbedarf ergeht folgender

Beschluss:

Dem Änderungsvorschlag wird zugestimmt.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

§ 16 Abs. 2 – Aufwandsentschädigung der Ortsvorsteher

Ohne weiteren Beratungsbedarf ergeht folgender

Beschluss:

Dem Änderungsvorschlag wird einstimmig entsprochen.

Die Ratsmitglieder (Ortsvorsteher und Stellvertreter) Axel Blumenstein, Sabine Glaser, Egmond Eich, Olaf Wulf und Michael Berndt haben wegen Sonderinteresse den

Sitzungstisch verlassen und an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

§ 18 Abs. 2 Buchstabe m, u und q – Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige; Jugendwarte

Alexander Lembke führt aus, dass die Feuerwehr Remagen die Einführung einer Bambinifeuerwehr plane. Aus diesem Grund schlägt er vor, neben den Jugendwarten auch die Aufwandsentschädigung für Leiterinnen und Leiter der Bambinis in Höhe von 34,27 Euro aufzunehmen.

Beschluss:

Den Änderungsvorschlägen wird einstimmig entsprochen.

§ 18 Abs. 8 Aufwandsentschädigung – bestellte Ausbilder

Ohne weiteren Beratungsbedarf ergeht folgender

Beschluss:

Dem Änderungsvorschlag wird einstimmig entsprochen.

Zu Punkt 3 – Beratung über die Entsperrung der Haushaltsmittel für die wasserwirtschaftliche Maßnahme/Renaturierungsmaßnahme am Unkelbach auf Höhe Am Mühlenweg Vorlage: 0307/2020 –

Bürgermeister Björn Ingendahl begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertreter des Ingenieurbüros Berthold Becker, Dorothea Weber, Dr. Martin Keding und Thorsten Ohlert. Ebenfalls begrüßt er Jochen Seifert. Er verweist auf die Beschlussvorlage und fasst den Sachverhalt noch einmal kurz zusammen. Er führt aus, dass er bereits in der Stadtratssitzung vom 7. Dezember deutlich gemacht habe, dass eine weitere Verzögerung bei der Umsetzung der Maßnahmen im Ortsteil Unkelbach nicht hinnehmbar sei. Ziel sei es, eine zeitnahe Entscheidung durch den Stadtrat herbeizuführen. Daher werden die Vertreter des mit der Planung der Maßnahmen beauftragten Büros den Stadtrat in der heutigen Sitzung über die geplanten Maßnahmen informieren. Bisher geschah dies in den Sitzungen des Ortsbeirates Unkelbach und des Fachausschusses.

Die Vertreter des Büros Berthold Becker stellen anschließend die Maßnahme auf einem Teilstück des Unkelbachs vor (s. Anlage).

Anschließend gibt Jochen Seifert zu Protokoll, dass auch er die Notwendigkeit sieht, in diesem Bereich des Unkelbaches Maßnahmen zu ergreifen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des Büros Becker könne er jedoch nicht in Gänze mittragen. Er schlägt einen gemeinsamen Ortstermin vor, um seine Anregungen zur Planung zu besprechen.

In der anschließenden Diskussion werden die Argumente zur vorgesehenen Maßnahme leidenschaftlich ausgetauscht. Im Laufe der Diskussion ruft der Vorsitzende Christine Wießmann zur Ordnung. Bürgermeister Björn Ingendahl führt dabei nochmals in aller Deutlichkeit aus, dass, würde man dem Wunsch nachkommen, vorrangig Maßnahmen vor der Ortslage durchzuführen, diese nach einem Plan- und Genehmigungsprozess frühestens in 2022 umgesetzt werden könnten. Dies hätte zur Folge, dass in diesem Jahr keinerlei Maßnahmen eingeleitet werden könnten. Zudem stünden die Maßnahmen vor der Ortslage nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der nun geplanten Renaturierungsmaßnahme. Auch sei zu beachten, dass vorbereitende Maßnahmen (Freischnitt) aufgrund der Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes nur noch bis Ende Februar durchgeführt werden können.

Er unterbreitet daher folgenden Vorschlag:

- Mit Vertretern des Büros Becker, des Stadtrats, des Ortsbeirats Unkelbach, der Verwaltung und Herrn Seifert werden die Maßnahmen vor Ort erläutert und bewertet. Das Ergebnis wird in der Sitzung des Stadtrats im März beraten.
- Bis zur Entscheidung durch den Stadtrat im März bleiben die Haushaltsmittel gesperrt.
- Die Umsetzung der Maßnahmen vor der Ortslage wird mit Hochdruck vorangebracht, hierzu zählt insbesondere der Abschluss der Arbeiten am 2-D Abflussmodell.
- Der Bauhof führt die Freischneidearbeiten im Bachbett durch.
- Der Bauhof führt die Arbeiten zum Anlegen der Zugänge aus (vorbereitende Maßnahmen).

Christine Wießmann beantragt:

- Die wasserwirtschaftliche Maßnahme am Unkelbach wird bis auf Weiteres ausgesetzt.
- Der Hochwasserschutz vor der Ortslage wird vorangetrieben, so dass schnellstmöglich für die Bürger eine erkennbare Wasserrückhaltung dort geschehen wird.
- Parallel dazu kommt die Stadt ihren Verpflichtungen zur Unterhaltung von den Gewässern der 3. Ordnung im gesamten Stadtgebiet nach, das heißt, Bachläufe werden von Unrat und Hindernissen befreit, damit ein möglichst ungehinderter Wasserdurchfluss ermöglicht wird. Das beinhaltet auch das Freistellen von Gehölzen, damit das Bachbett und seine unmittelbaren Ufer mehr Licht erhalten.
- Die zurückgestellte wasserwirtschaftliche Maßnahme am Unkelbach auf Höhe Am Mühlenweg wird aufgrund von möglicherweise sich verändernden Gegebenheiten nach den Gesprächen überprüft und eventuell angepasst.

Bürgermeister Björn Ingendahl bringt die beiden Vorschläge gegeneinander zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Antrag von Christine Wießmann wird bei neun Ja- und 22 Neinstimmen sowie

einer Enthaltung nicht gefolgt.

Dem Antrag des Vorsitzenden wird bei 22 Ja und neun Neinstimmen sowie einer Enthaltung entsprochen.

Zu Punkt 4 – Mitteilungen –

Zu Punkt 4.1 – 60 Plus Bus –

Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass auf Anmeldung über die Touristinformation Fahrten zum Impfzentrum in Grafschaft-Gelsdorf mit dem 60 Plus Bus angeboten werden.

Zu Punkt 5 – Anfragen –

Zu Punkt 5.1 – Corona, aktueller Stand –

Rolf Plewa erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand. Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass man die Erfahrungen aus dem ersten Lockdown nun habe einfließen lassen können. Aktuell müsse leider mitgeteilt werden, dass derzeit im Franziskushaus in Oberwinter Bewohner und Pflegekräfte mit dem Virus infiziert seien. Schulen sind geschlossen und betreiben Fernunterricht. Eine Notbetreuung wird im Bedarfsfall angeboten. Kindertagesstätten befinden sich zurzeit im eingeschränkten Regelbetrieb, ergänzt Büroleiter Matthias Geusen.

Die städtischen Einrichtungen melden derzeit folgende Kinderzahlen:

Grundschule Kripp:	7 - 8
Grundschule Remagen:	20
Grundschule Oberwinter:	20
Kita St. Anna (Remagen):	7 - 11
Kita Goetheknirpse (Remagen):	50
Kita Pustebblume/Löwenzahn (Kripp):	20
Kita Unkelbach:	8 - 9
Kita Oedinger Höhenzwerge:	10 - 15

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21:30 Uhr.

Remagen, den 21.01.2021

Der Vorsitzende
gez.

Schriefführer/in
gez.

Björn Ingendahl
Bürgermeister

Beate Fuchs

